

Presseerklärung des Zivilgesellschaftlichen Bündnisses für die Einrichtung einer Enquetekommission

Der von den Fraktionen SPD, Grüne, FDP, Die Linke beschlossene Antrag zur Einrichtung einer Enquetekommission durch die Hamburgische Bürgerschaft stellt einen wichtigen ersten Schritt dar, um die fachliche und politische Auseinandersetzung mit der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg auf den Weg zu bringen.

Damit ist zugleich eine zentrale Forderung des Bündnisses zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen erfüllt worden. Das Bündnis hat in seinem Aufruf die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zum Ausgangspunkt ihrer Forderungen gemacht. Das Bündnis stellt fest, dass sich die verfestigte Armutsentwicklung auf alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe auch auf den Kinderschutz auswirkt, und deshalb handlungsleitend für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe sein muss.

Dieser Zusammenhang ist im beschlossenen Antrag offenbar nicht durchsetzbar gewesen. Das Bündnis geht davon aus, dass das Thema Auswirkungen der Armut auf die Kinder- und Jugendhilfe in der Arbeit in der Enquetekommission sowohl in der Bewertung der Ausgangslage als auch bei der Erarbeitung von Empfehlungen sachlogisch Thema sein wird. Dies wird nach Auffassung des Bündnisses auch Auswirkungen auf Handlungsbedarfe haben, die sich kleinräumig in Stadtteilen ergeben, die durch konzentrierte Armutslagen auf Unterstützung durch eine leistungsfähige Infrastruktur im Zusammenwirken mit Einzelhilfen angewiesen sind. Deshalb wird sich die Enquetekommission neben dem Kinderschutz, den Hilfen zur Erziehung und der Pflegekinderhilfe auch mit der Leistungsfähigkeit und Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Sozialräumlichen Angebotsstruktur auseinandersetzen müssen.

Unzureichend ist auch die Auftragslage im Hinblick auf die auswärtige Unterbringung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Entwürdigung in Heimen. Wer den Schutz von Kindern in Familien verbessern will, darf den Schutz von Kindern in Institutionen nicht ausklammern.

Das Bündnis wird die Arbeit der Enquetekommission fachlich und fachpolitisch begleiten und damit als Dialog - Forum die Verbindung zwischen der Arbeit der Kommission zu den verschiedenen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe herstellen und für Transparenz und Rückkoppelung Sorge tragen.

Das Bündnis erwartet nunmehr eine kluge Auswahl bei der Benennung der Sachverständigen, die sinnvoller Weise gemeinsam durch eine fachlich begründete Zusammenstellung ausgewiesener Expertinnen und Experten und nicht nach Parteien - Proporz erfolgen sollte.

Das Bündnis dankt zuvörderst der Fraktion Die Linke ohne deren Unterstützung dieses Ergebnis nicht erzielt worden wäre. Das Bündnis dankt auch der FDP für ihre Unterstützung und die kommunikative Einbeziehung des Bündnisses in die Entscheidungsfindung. Das Bündnis sieht auch das Entgegenkommen der Regierungsfractionen bei der Konkretisierung des Auftrags, auch wenn dies nicht im notwendigen Umfang erfolgt ist.

Nunmehr gilt es für die nächsten zwei Jahre nach vorn zu schauen. Eine Enquete - Kommission erfordert das Überwinden von politischen Ritualen und das sachliche und konstruktive Zusammenwirken von Politik und Fachebene im Interesse der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt.

Dr. Wolfgang Hammer

Folgende weitere Mitglieder des Bündnisses, die für wesentliche Aufgabenfelder der Jugendhilfe verantwortlich sind, stehen für Stellungnahmen zur Verfügung:

1. Pflegekinderhilfe : PFiFF : Herr Ralf Portugall : tel : 040 - 41098460

E - Mail: ralf.portugall@pfiff-hamburg.de

2. Sozialraumprojekte: Baui Brunnenhof : Herr Volker Vödisch , tel 0157- 72451170,

E - Mail: volker-voedisch@t-online.de

3. Offene Kinder - Jugendarbeit : Verband Kinder-und Jugendarbeit Hamburg,
Herr Joachim Gerbing, tel. 040 - 434272
E-Mail: info@vkjhh.de

4. Wohlfahrtsverbände/ SOAL , Sabine Kümmerle : tel. 040-43258414,
E - Mail : sabine.kuemmerle@soal.de